

Gerd Schwerhoff

# Köln im Ancien Régime

1686–1794



Greven Verlag Köln

# Inhalt

Förderer des Gesamtwerks der »Geschichte der Stadt Köln«	IX
Einleitung	1
1. Die Stadt und ihre Menschen	10
a. Der städtische Raum	12
b. Das soziale Leben	42
<i>Bevölkerung</i>	43
<i>Geistliche, Arme und Bedürftige</i>	46
<i>Soziale Ungleichheit</i>	48
<i>Ein Spross der Kölner Elite</i>	56
<i>Am Rande der Kölner Gesellschaft</i>	60
2. Herausforderungen (1686–1715)	64
a. Innere und äußere Bedrohungen	64
<i>Nach dem Gülich-Aufstand</i>	64
<i>Köln im Pfälzischen Krieg</i>	68
<i>Der Spanische Erbfolgekrieg</i>	80
b. Konfessionskonflikte	88
<i>Der preußische Residentenstreit</i>	90
<i>Beisassenordnung und Auswanderung nach Mülheim</i>	101
<i>Beharrungskräfte des Protestantismus</i>	108
3. Das politische System	112
a. Außenpolitische Koordinaten	113
<i>Köln contra Köln</i>	113
<i>Kaiser und Reich</i>	123

b. Bürgermeister, Rat und Bürger	130	6. Ein neues Zeitalter der Vernunft?	253
<i>Bürgermeister und Syndizi</i>	132	a. Aufgeklärte Köpfe und Geselligkeit	254
<i>Der Rat und seine Wahl- und Kontrollgremien</i>	140	<i>Freimaurer und Illuminaten</i>	254
<i>Bürgerrecht</i>	149	<i>Köpfe der Kölner Aufklärung</i>	259
<i>Die Politik der Straße</i>	156	<i>Stadt der Sammler</i>	268
c. Verwaltung und Finanzen	158	<i>Soziabilität des Theaters?</i>	273
<i>Quartiere und Fahnen</i>	165	b. Zeitungen und Verleger	283
<i>Finanzen</i>	168	<i>Der Kölner Zeitungsmarkt</i>	285
4. Das Wirtschaftsleben	180	<i>Moralische Wochenschriften</i>	295
a. Köln als ökonomisches Zentrum	180	<i>Zensur</i>	301
<i>Der Kölner Stapel</i>	181	c. Universität und Bildungswesen	304
<i>Zum Profil der Kölner Wirtschaftselite</i>	185	<i>Ansätze zur Bildungsreform</i>	308
<i>Das ›zünftische‹ Handwerk</i>	188	<i>Die Aufhebung des Jesuitenordens und deren regionale Folgen</i>	313
b. Einzelne Wirtschaftszweige	193	<i>Das niedere Schulwesen und der allgemeine Bildungsstand</i>	317
<i>Lebensmittel</i>	193	d. Religion und Frömmigkeit	321
<i>Bier und Wein</i>	198	<i>Kirchliche Vielfalt in der Einheit</i>	322
<i>Tabakproduktion</i>	200	<i>Laien – kirchliche Bedeutung und Frömmigkeit</i>	327
<i>Kölnisch Wasser</i>	204	<i>Säkularisierung?</i>	333
<i>Textilproduktion</i>	208	<i>Aufhebung des Jesuitenordens</i>	336
c. Spielräume und Grenzen ökonomischen Handelns	211	e. Sozialpolitik	338
5. Frieden und Krieg (1716–1763)	218	<i>Neue Instrumente: Das Zuchthaus</i>	343
a. Ruhige Jahrzehnte	218	<i>Neue Instrumente: Das Krankenhaus</i>	347
<i>Im Polnischen Erbfolgekrieg</i>	219	7. Zwei turbulente Jahrzehnte (1774–1794)	352
<i>Im Österreichischen Erbfolgekrieg</i>	223	a. Erste Unruhen (1774–1779)	352
b. Der Siebenjährige Krieg	224	<i>Bürgerliche Unruhen</i>	353
<i>Von Freunden besetzt</i>	228	<i>Bestrafung der Unruhestifter – Formierung der bürgerlichen</i>	
<i>Preußen und Franzosen</i>	231	<i>Opposition</i>	358
<i>Finanzielle und materielle Belastungen durch</i>		b. Der Beginn der Bürgerlichen Deputatschaft (1779–1784)	362
<i>die Einquartierung</i>	233	<i>Gründliche Beleuchtung</i>	366
<i>Einnahmen</i>	236	c. Die Flutkatastrophe (Februar 1784)	371
<i>Die politische Dimension der Besatzung</i>	238	<i>Eisbruch und Flut im Stadtgebiet</i>	372
<i>Kanonen und Stadtschlüssel</i>	241	<i>Hochwasser in Rodenkirchen und Deutz</i>	378
<i>Souveränitätsbeschränkungen</i>	244	<i>Mülheim als Zentrum der Katastrophe</i>	380
<i>Kollaboration und Konflikt im Alltag</i>	246	<i>Schadensbilanz und Schadensbewältigung</i>	385
<i>Nachspiel und Bilanz</i>	250	d. Ringen um Reformen (1784–1787)	392
		e. Der Toleranzstreit (1787–1789)	398
		f. Höhepunkt und Ende der Proteste (1789)	416

g. Streit in der Führungsschicht (1791/92)	426
h. Die letzten Jahre der Reichsstadt (1792–1794)	434
<i>Sympathien für Frankreich?</i>	436
<i>Die französische Bedrohung</i>	438
<i>Unmut am Kaiserhof – Streit ums Geld</i>	445
<i>Der Weg in die Okkupation</i>	450
8. Bilanz einer Epoche	456

## Anhang

Gängige Währungs- bzw. Rechnungseinheiten des 18. Jahrhunderts	467
Abkürzungen	467
Gedruckte Quellen und Literatur	468
Anmerkungen	491
Personenregister	523
Sachregister	535
Ortsregister	544
Bildnachweis	551

## Einleitung

Ancien Régime – das ist kein unschuldiger, wertneutraler Begriff. Er bezeichnet in abwertender Weise eine Epoche der Geschichte, von der man aus der Rückschau weiß, dass sie sich überlebt hatte. Geprägt wurde er für Frankreich, für jene Herrschafts-, Wirtschafts- und Lebensformen, denen die Revolution ab 1789 ein Ende gesetzt hatte. Für andere Regionen Europas wird die letzte Phase der Frühen Neuzeit inzwischen ebenfalls häufiger als Ancien Régime charakterisiert, und auch in der rheinischen Geschichte hat der Begriff (»Altes Regiment«) für die Zeit zwischen dem Westfälischen Frieden und den Umwälzungen um 1800 Anwendung gefunden.<sup>1</sup> Ob ein solcher Terminus als allgemeine Epochenbezeichnung taugt, mag dahingestellt sein. Für die Reichsstadt Köln allerdings erscheint die Kennzeichnung des 18. Jahrhunderts als die Epoche des Ancien Régime durchaus zutreffend. Sehr zugespitzt werden damit jene Urteile, die seit über 200 Jahren das Bild Kölns in jener Zeit prägen, auf den Begriff gebracht. Die zeitgenössischen Reiseberichte zeichnen ein Bild politischer Erstarrung, ökonomischen Niedergangs, innovationsfeindlichen Protektionismus und religiöser Intoleranz. Nicht das Mittelalter, jene glorreiche Ära städtischer Emanzipation und wirtschaftlicher Prosperität, firmierte rückblickend als das wahrhaft »dunkle Zeitalter« Kölns, sondern die Epoche, in der die Reichsstadt nach einem viel zitierten Urteil von 1784 die in jeder Hinsicht »abscheulichste Stadt von Deutschland« zu sein schien.<sup>2</sup> Auch die neuere Geschichtsschreibung weiß wenig Schmeichelfaferes über die alte Rheinmetropole zu sagen. Im besten Fall, so der einhellige Tenor, gab es in jener Zeit wenig Prägnantes. »Der Ausgang des 17. Jahrhunderts und das 18. Jahrhundert bringen in der politischen Geschichte der Reichsstadt Köln keine neue Note«, so hieß es in einem stadtgeschichtlichen Überblick aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>3</sup> Die

»volkstümliche« Stadtgeschichte aus der Feder von Arnold Stelzmann stellte das Kapitel zum 18. Jahrhundert unter das Motto »Der Niedergang der Reichsstadt« und urteilte bündig: »Köln dümmerte [...] dahin als ein Schatten dessen, was es einst gewesen war.«<sup>4</sup> Und in ihrer einbändigen Stadtgeschichte auf den Spuren von Stelzmann entwarfen Carl Dietmar und Werner Jung jüngst ein ähnliches Bild: »Das 18. Jahrhundert gehört nicht zu den glanzvollen Kapiteln der Stadtgeschichte, es war für Köln eine Zeit des Verfalls, des Niedergangs, der Krise.«<sup>5</sup> Hans-Wolfgang Bergerhausens Darstellung über Köln im »eisernen« Zeitalter von Kriegen und Konfessionalisierung – der Vorgängerband zur vorliegenden Publikation in der Reihe zur Geschichte Kölns – kommt zu einem ähnlich negativen Urteil: Der Autor schließt seine Betrachtung mit einem düsteren Blick auf die wirtschaftliche und politische »Sackgasse«, in die die Stadt am Ende des 17. Jahrhunderts geraten war: »An die vorwaltenden Tendenzen der Zeit fand die Stadt [...] keinen Anschluss mehr. Sie wurde rückständig.«<sup>6</sup>

Zu diesem tristen Szenario passt die Wahrnehmung, dass es im Untersuchungszeitraum an markanten Ereignissen zu mangeln scheint. Eine der wenigen berichtenswerten Ausnahmen bildet die Flutkatastrophe vom Februar 1784, als das brechende Eis des zugefrorenen Rheinstroms Breschen in die Stadtmauer sprengte und dadurch die Innenstadt ebenso wie die umliegenden Orte überschwemmt wurden.<sup>7</sup> Vielleicht verstanden schon zeitgenössische Beobachter diese Überflutung als Symbol für die allgemeine Lage Kölns – der Stadt bzw. ihren Bewohnern stand kurzzeitig das Wasser bis zum Hals. Kein Wunder, dass etliche Flugschriften und Bilder das Ereignis in Szene setzten. In unvergleichbarer Dramatik geschah das in einem Kupferstich, der mit im Wasser treibenden Personen und vielen Rettungsbooten die menschlichen Schicksale in den Mittelpunkt rückt (vgl. S. 4f., Abb. 1). Allerdings gibt es einen Haken, denn der kundige Betrachter vermag das angebliche Kölner Rathaus und die umliegenden Kirchen beim besten Willen nicht wiederzuerkennen. Kein Wunder, denn die Fantasiedarstellung des Künstlers orientierte sich an den Gegebenheiten in seiner süddeutschen Heimatstadt Augsburg – ein weiteres Sinnbild für die Verfremdungen Kölns im Niedergangsjahrhundert, so könnte man meinen.<sup>8</sup>

Die Behandlung einer solchen Phase der Stadtgeschichte ist für den Bearbeiter eine Herausforderung besonderer Art. Historische Größe und Erfolg eines Gemeinwesens können freilich heute kaum mehr hinreichende Kriterien dafür sein, ob und wie intensiv sich die Geschichtsschreibung mit einer bestimmten Epoche zu beschäftigen hat. Natürlich gibt es in der

Kölner Stadtgeschichte des 18. Jahrhunderts nicht nur Schatten, sondern auch Licht, etwa in Gestalt fortwährender Bedeutung der Stadt als Waren- und Nachrichtenumschlagplatz. Gleichwohl wäre es töricht, das bisherige Niedergangsnarrativ der Kölner Stadtgeschichte völlig auf den Kopf stellen zu wollen. Nüchtern müssen vielmehr die politischen, ökonomischen und kulturellen Probleme bilanziert und analysiert werden. Gerade Niedergang und Krisen müssen historisch auf ihre Gründe, Verlaufsformen und Folgen hin reflektiert werden. Das gilt umso mehr, als die vorliegende Veröffentlichung nur ein Glied in einer längeren Kette ist, deren Gesamtschau erst den tiefen historischen Wandel der Stadt Köln vom Ancien Régime zur Moderne deutlich machen kann. Erst Licht und Schatten zusammengenommen machen verständlich, auf welcher Grundlage sich jene dynamische Entwicklung der Stadt nach 1794 vollziehen sollte, die in den chronologisch auf den vorliegenden Band folgenden Büchern von Klaus Müller und Jürgen Herres so prägnant beschrieben worden ist.

Der Frage nach Fortschritt und Niedergang kann mithin auch eine moderne stadtgeschichtliche Darstellung nicht völlig ausweichen; allerdings wird sie heute nicht mehr in die Falle tappen dürfen, ihre Leitlinien vollkommen entlang eines Modernisierungsparadigmas zu organisieren. Im Zeichen der längst vollzogenen kulturwissenschaftlichen Wende gilt es stattdessen vor allem, vergangene Lebenswelten als einen Bedeutungs- und Erfahrungsraum eigenen Rechts zu betrachten und den Nachgeborenen verständlich zu machen.<sup>9</sup> So hat z. B. die produktive Entzifferung der Symbol- und Ritualwelt des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation die aufgeklärte Abqualifizierung dieses monströsen Gebildes ersetzt und zu einem neuen, vertieften Verständnis der damaligen politischen Mechanismen geführt.<sup>10</sup> In diesem Sinn muss auch die Stadt des 18. Jahrhunderts als ein Erfahrungs- und Lebensraum erschlossen werden, der uns in vielen Aspekten zunächst fremd anmutet, der aber vielleicht gerade deshalb eine besondere Anziehungskraft besitzt. In besonderem Maße mag das für eine Stadt wie Köln gelten, die noch im Zeitalter der Aufklärung viele Normen und Institutionen aufwies, die bereits im Mittelalter ausgeprägt worden waren und die sich über Jahrhunderte erhalten hatten, wenn auch keineswegs so unverändert, wie es oft den Anschein hatte bzw. immer wieder suggeriert wurde. Die Kraft dieser alten Regeln und Institutionen, immer neue Bedingungen adaptieren zu können, macht nicht zum geringsten Teil die Faszination der Kölner Stadtgeschichte aus. Dass sie gerade im 18. Jahrhundert an ihre Grenzen stieß, verweist auf den beschleunigten gesellschaftlichen Wandel der Epoche.



Vorstellung des erbärmlichen Zustandes, in welchen 1784, den 28. Februarus die Stadt-Cölln versetzt worden, als der Eisbruch auf dem Rheinfluss geschehen. Bey dieser Gefahrlichen vollen Begebenheit stürzten an mehreren Orten die Stadt Mawren durch die große Gewalt des Wassers ein, welches in die Stadt eindringung und an einigen Gegenden derselben über 6. Fußh anstieg  
 .. S. Maria. .. Das Rathhaus. .. Hertz S. Martin. .. Klein S. Martin. .. Augustiner Kloster.  
 Se vend à Augsbourg dans le Négoce commun de l'Académie Impériale d'Empire, sous son Privilège et avec défense faire de n' ni vendre de Copies.

Représentation du déplorable état, au quel fut réduite la Ville de Cologne en 1784, le Fevrier, lorsque les glaces vinrent à se rompre sur le Rhin. A l'occasion de ce terrible événement les murailles de la ville s'écroulèrent en plusieurs endroits par la Grande force des eaux, qui pénétrèrent dans la ville et monterent en quel ques quartiers à une hauteur de 6 pieds et au de la  
 .. S. Marie. .. Hôtel de Ville. .. grande S. Martin. .. petit S. Martin. .. Convent de St Augustin.

Abb. 1  
 La Grande Desolation arrivée à Cologne par les grosses Glaces du Rhin. Kupferstich von Johann Baptist Bergmüller, Augsburg, 1784.

## Das Wirtschaftsleben

### a. Köln als ökonomisches Zentrum

Der viel beschworene Abstieg der Wirtschaftsmetropole Köln im 18. Jahrhundert war auch und vor allem ein ökonomischer Niedergang. Zweifellos gab es dafür spezifisch lokale Gründe, von denen die Rede sein wird. Aber zuvor ist nüchtern festzuhalten, dass sich die Rahmenbedingungen des reichsstädtischen Wirtschaftens allgemein dramatisch verschlechtert hatten. Längst war die wirtschaftspolitische Initiative von den (Reichs-) Städten auf die Territorien übergegangen.<sup>1</sup> Sie förderten Manufakturen und gewerbliche Produktion nicht nur in ihren Residenz- und Landstädten, sondern auch auf dem platten Lande. Im Zeichen von Merkantilismus und Kameralismus suchten sie eine möglichst aktive Außenhandelsbilanz zu erzielen. Eine protektionistische Wirtschaftspolitik sollte die eigenen Ausfuhrn begünstigen, auf der anderen Seite aber benötigte Ressourcen im Land halten und die Einfuhr aus dem ›Ausland‹ auf ein Minimum begrenzen. Die Reichsstadt Köln war für den dadurch angefachten ökonomischen Wettbewerb schlecht gerüstet. Sie besaß kein nennenswertes eigenes Territorium, das in hinreichendem Maße Rohstoffe liefern und als Absatzmarkt für die eigenen Produkte dienen konnte. Insbesondere die direkten Nachbarn setzten ihr mächtig zu, das pfälzische Herzogtum Jülich-Berg und das brandenburgische Kleve-Mark und natürlich auch das Kurfürstentum Köln. So verbot z. B. der Kölner Erzbischof im Krisenjahr 1740 die Getreideausfuhr, im Jahr darauf die Ausfuhr von Brennholz und die Einfuhr von Woll- und Lederwaren. Jülich-Berg und Kleve-Mark, ebenso wichtige Liefer- und Absatzgebiete, schlossen sich den Bestimmungen an. 1746 wurde so in Köln plötzlich das Brennholz knapp. Auch der Rückgang der Kölner Lederverarbeitung gegen Ende des Jahrhunderts ist auf von Kurköln und Kleve-Mark

verhängte Einfuhrverbote und nicht zuletzt auch auf ein kurkölnisches Ausfuhrverbot von rohen Häuten zurückzuführen.<sup>2</sup> Der pfälzische Herzog Carl Philipp erließ 1738 ein gegen Kölner Kaufleute gerichtetes Ausfuhr- und Handelsverbot für Tabak, dem er schnell Beschlagnahmungen von Handelsgut und die Gefangennahme von Kölner Händlern folgen ließ. Umgekehrt versuchte er, die Mülheimer und auch die Düsseldorfer Konkurrenz nach Kräften zu fördern. Der Widerstand des Kölner Rates war letztlich erfolgreich, der eingetretene Schaden dennoch groß.<sup>3</sup>

#### *Der Kölner Stapel*

Dass sich Köln in den Konflikten gegenüber den übermächtigen territorialen Konkurrenten teilweise doch zu behaupten vermochte, ist ein Hinweis auf die ökonomischen Aktivposten, die der Stadt immer noch zur Verfügung standen. Eine bleibende Schlüsselposition besaß sie insbesondere im Rheinhandel, der trotz Verlagerung der Handelsströme und trotz kriegs- bzw. konfliktbedingter Handelsblockaden schon im 17. Jahrhundert<sup>4</sup> bis zum Eisenbahnzeitalter bedeutsam bleiben sollte. Wichtigstes wirtschaftspolitisches Instrument war dabei das Stapelrecht, das seit Langem bestand, im 18. Jahrhundert aber so stark ins Zentrum rückte wie nie zuvor.<sup>5</sup> Im Kern umfasste der Stapel die Pflicht für fremde Kaufleute, ihre Handelsgüter für eine gewisse Zeit auf dem Kölner Markt feilzubieten (eben zu »stapeln«), wo die ortsansässigen Kaufleute ein Vorkaufsrecht genossen und ohne ihre Vermittlung keine Geschäfte zwischen Auswärtigen getätigt werden durften. Bezugspunkt bildete die Stapel-Ordnung von 1497, an der aber im 18. Jahrhundert weiterhin gefeilt wurde.<sup>6</sup> Kaufleute, die ihre Waren zu Wasser oder zu Lande nicht in Köln stapeln wollten, sollten von Kranmeistern, städtischen Arbeitern und Kölner Händlern boykottiert werden, so hieß es da. Alle Handelswaren sollten vom Ausgangsmarkt ohne Zwischenumschlag »unzerteilt« in Köln zum Stapel kommen, niemand solle auf dem Weg nach Köln Ware kaufen dürfen. Im Fall der Zuwiderhandlung sollte die Ware zurückgewiesen, im Wiederholungsfall beschlagnahmt werden. Zuwiderhandelnden Bürgern wurde überdies der Verlust ihres Bürgerrechts angedroht, fremde Kaufleute dürften hinfornicht mehr in Köln Handel treiben. Eng mit der Stapelpflicht verbunden war der Zwangsumschlag von Handelsgütern im Rheinhafen: Sie wurden dort von den »oberländischen« Schiffen, die den engeren Stromverhältnissen auf dem Mittelrhein entsprechend kleiner waren und weniger Tiefgang hatten, in die größeren Niederländer umgeladen.<sup>7</sup> Bei Köln begann der breitere und langsamere fließende Niederrhein, der mit größeren



Booten befahrbar war, während kleineren Fahrzeugen wegen der Windverhältnisse Gefahr drohen konnte. Diese hydrografischen Gegebenheiten begünstigten den Zwangsumschlag in Köln, wenn sie eine Vorbeifahrt an der Stadt auch nicht unmöglich machten.<sup>8</sup> So hatte sich für die »Großen Fahrten«, die durchgängigen Transporte von Dordrecht nach Köln bzw. von Köln nach Mainz, ein arbeitsteiliges Schifffahrtsgewerbe in Köln etabliert. Die oberländischen Schiffer, ab 1603 in einer eigenen Zunft organisiert, teilten sich die Strecke Köln–Mainz mit der dortigen »Steuerzunft«. Sie mussten Kölner Bürger und infolgedessen katholischer Konfession sein, auch wenn sie nicht unbedingt alle in Köln wohnten. Die niederrheinische Schiffergemeinde dagegen war eine überlokale und überkonfessionelle Organisation, in der die Kölner Schiffer nur die Minderheit bildeten; tonangebend waren die Holländer. Rechtlich standen die niederrheinischen Schiffer unter dem Schutz des Kölner Kurfürsten, der den größten Teil des Stromregals beanspruchte und dessen Salzamt in Köln die Kontrolle über die niederrheinische Schiffergemeinschaft ausübte. 1687 erließ Kurfürst Max Heinrich eine Ausbildungsordnung für diese Gemeinschaft, die eine jeweils dreijährige Lehr- und Gesellenzeit vorsah, bevor ein Schiffer Fracht nach Holland führen durfte. 1757 sollte sein Amtsnachfolger Clemens August die Schifffahrt freistellen; die Zahl der Schiffer war nun nicht mehr beschränkt, allerdings mussten sie ihre Kenntnisse vor einer kurfürstlichen Kommission beweisen und eine Gebühr bezahlen. Die Schiffer protestierten gegen die neue Konkurrenz in Gestalt kapitalkräftiger holländischer Schiffer, die auf den Rhein drängten. Dass der Kurfürst über das Salzamt die Schiffer kontrollierte, brachte diese Berufsgruppe aber ebenso oft in einen Konflikt mit der Reichsstadt Köln.<sup>9</sup>

Das Konfliktdreieck aus Stadt, Schiffer und Kurfürst war jedoch nur eine Ebene jener vielschichtigen Streitigkeiten um den Kölner Stapel, von denen das 18. Jahrhundert durchzogen war. Bereits Anfang des 17. Jahrhunderts hatte die Stadt einen Prozess gegen die vier rheinischen Kurfürsten begonnen, der im folgenden Jahrhundert wieder aufgenommen wurde und wohl nie ein definitives Ende fand. Unstrittig war, dass schwer umzuschlagendes Schütt- und Massengut wie Erde oder Steine nicht unter die Stapelpflicht fiel. Auch die Stapelpflicht bei leicht verderblichen Waren wie Fisch, ferner beim Salz oder auch beim Wein wurde weitgehend anerkannt. Dagegen gab es um Eisen und Stahl, aber auch um viele andere Güter heftige Konflikte. Mit der Zeit nahm die Auseinandersetzung immer grundsätzlichere Formen an. Eine vom pfälzischen Kurfürsten erteilte Anweisung zur Ignorierung des Kölner Stapels stand in Zusammenhang mit seinen An-



Abb. 77  
Schiffe am Deutzer Ufer vor dem Panorama Kölns.  
Kupferstich von Henrik de Leth d. J., Amsterdam, 1767.

strengungen, seinen Ort Mülheim zu einem bedeutenderen Umschlagplatz auszubauen. Mit der Übersiedlung der protestantischen Kölner Kaufleute in den bergischen Flecken im Jahr 1714 war ein neuer Versuch verbunden, dort einen größeren Exporthafen mit Kran und Lagerhaus zu etablieren. In diesen Zusammenhang gehört auch die »ausführliche Deduktion« dieser Kaufleute, die sich gegen ein von der Stadt »vorgeschütztes vermeintliches Stapel-Recht« richtete.<sup>10</sup> Sie fügt sich in eine publizistische Offensive der Konkurrenten gegen die Kölner Ansprüche ein, die ihren Höhepunkt 1775 in einer ausführlichen *Commentatio de stapula* von Johann Wilhelm Windscheid fand, der in bergischem Auftrag auf umfangreicher dokumentarischer Grundlage die Gegenargumente bündelte. Ebenso bedingungslos, wie ihre Ansprüche bestritten wurden, verteidigte die Reichsstadt 1794 ihr umfassendes Stapelrecht als »nach der natürlichen Lage, nach dem Völkerrecht und nach den Gesellschaftsregeln von Gott für Köln bestimmt«.<sup>11</sup>

## Frieden und Krieg (1716–1763)

### a. Ruhige Jahrzehnte

Vom Ende des Spanischen Erbfolgekrieges an erlebte das Rheinland eine knapp zwei Jahrzehnte währende Friedensperiode. Im September 1715 starb der Sonnenkönig Ludwig XIV. Bis in die späten 1720er-Jahre hinein war Frankreich vollauf damit beschäftigt, die schweren wirtschaftlichen Lasten zu schultern, die der Monarch hinterlassen hatte. Außenpolitisch verlor der Niederrhein zusätzlich durch die Verlagerung der pfälzischen Hauptresidenz nach Heidelberg bzw. Mannheim an Bedeutung. Kriege spielten sich vorerst lediglich in Europas Nordosten oder im Mittelmeerraum ab. Auch die ökonomischen und klimatischen Rahmendaten signalisierten Entspannung. Nachdem es während des sogenannten Maunderminimums zwischen 1675 und 1715 im Durchschnitt sehr kalt und nass gewesen war, besserte sich nun auch das Klima, es wurde, vorerst, wieder wärmer.<sup>1</sup> Über mehrere Jahrzehnte hinweg unterlagen die Roggenpreise einem dramatischen Preisverfall, ein Trend, der sich erst 1736/37 – dann allerdings abrupt – umzukehren begann.<sup>2</sup> Das Brot dürfte damit auch für die ärmeren Bewohner in dieser Zeit vergleichsweise erschwinglich gewesen sein, ohne aber die endemische Armut nachhaltig zu beseitigen. Freilich blieb der Alltag von zahlreichen ökonomischen und politischen Querelen gekennzeichnet. Die innere Sicherheit war auch in Friedenszeiten ein Sorgenkind der Obrigkeit. Wiederholt ermahnte sie die Bürgerhauptleute, systematisch nach den sich einschleichenden »Vagabunden/Gaudieb[en] und anderen Raub-Gesindels« in ihren Fahnenbezirken zu fahnden.<sup>3</sup> Besonders nervös reagierte der Rat auf die Nachrichten von der 1720 in Südfrankreich grassierenden Pestepidemie. Deren Verheerungen waren einer – inzwischen durch ein dichtes Nachrichtenwesen vernetzten – Reichs-

öffentlichkeit zuletzt in den Jahren zwischen 1712 und 1714 vor Augen geführt worden, als sie in Hamburg gewütet hatte. Im Februar 1721 wurden die Kölner Bürger angehalten, nicht vor der Stadt mit »fremdbden Passanten« zu trinken und so möglicherweise unbedacht die Seuche in die Stadt zu schleppen. Im November desselben Jahres verbot der Rat das Einbringen von Lumpen, alter Kleidung und Pelzwerk sowie generell »das Gifft annehmendes und fangendes Gezeug«. Andererseits aber präsentierte die städtische Obrigkeit eine Art von Positivliste mit über 50 Waren und Gütern, an denen die Pest nicht haften, von A wie Alaun und Anchovis über Harz und Honig bis zu Z wie Zinn oder Zucker – immer noch verstand man den Ursprung und die Übertragungswege der Seuche nicht wirklich.<sup>4</sup> Zum Glück drang die Pest nicht bis ins Reich und an den Rhein vor; seitdem sollte sie West- und Mitteleuropa völlig verschonen.

#### *Im Polnischen Erbfolgekrieg*

Ab 1734 stand wieder die äußere Sicherheit im Mittelpunkt der städtischen Anstrengungen. Spätestens seit Anfang September rückten einmal mehr Kreistruppen zur Sicherung in die Stadt ein, Kriegskommissare und Quartierkommissionen nahmen ihre Arbeit auf.<sup>5</sup> Außerdem beschloss der Rat am 19. November, »zur sicherheit hiesiger stadt gegen allen feyndlichen anfall [...] die hiesige Soldatescam« zu verstärken.<sup>6</sup> Mindestens ebenso viel Energie verwandte die städtische Obrigkeit aber darauf, die eigenen Bürger effektiv in das Sicherheitssystem einzubinden, was offenkundig nicht immer so leicht war. Darauf deutet jedenfalls ein Ratsbeschluss wider »das spöttliche auff- und abziehen« bei der abendlichen Bürgerwache hin – offenkundig nahmen die Bürger ihren Wachtdienst nicht mehr ganz ernst.<sup>7</sup> Ende November dekretierte der Rat, »bey gegenwärtig anscheinender gefährlicher zeit« sollten sechs Bürgerfahnen in guter Ordnung Wache halten. Außerdem sollten die Bürgerhauptleute ihre Gruppen visitieren und sicherstellen, dass alle Gewehre scharf geladen seien. Ein »kleines Reglement zur Sicherung gemeinen Stadt-Wesens« versuchte die konsequente Bewachung der Stadttore durchzusetzen. Und ein »Edictum ahn die Herbergierer« verpflichtete schließlich die Gastwirte angesichts der »jetzigen Kriegs Zeithen« zur strengeren Einhaltung der Meldepflicht.<sup>8</sup> Eine neue Phase kriegerischer Auseinandersetzungen hatte begonnen.

Im Polnischen Erbfolgekrieg (1733–1738) stand das wiedererstartete Frankreich den Mächten Österreich und Russland gegenüber; vordergründig ging es um die Frage, wer dem verstorbenen August dem Starken als polnischer König nachfolgen sollte. Die Reichsstände wurden spätestens

seit April 1734 auch de jure in den Konflikt verwickelt, als das Reich Frankreich den Krieg erklärte. Die Hauptkriegsschauplätze lagen allerdings eher im Osten. Aber auch ohne offene Feldschlachten sollte die rheinische Bevölkerung angesichts der Truppendurchzüge und eben in Form von Einquartierungen ihren Teil der Kriegslast tragen. Wichtige politische Weichenstellungen gab es jedoch auch am Niederrhein. 1733 war der bisherige kurkölnische Premierminister Ferdinand von Plettenberg bei Kurfürst Clemens August in Ungnade gefallen; dieser machte ihn indirekt für den Duelltod eines Vertrauten verantwortlich. Der tiefe Fall des ersten Ministers, der in den letzten Jahren die Außenpolitik des Kurstaats in ein entschieden prokaiserliches Fahrwasser gelenkt hatte, beeinflusste die große Politik nachhaltig.<sup>9</sup> Clemens August schwenkte schnell wieder auf die profranzösische Linie der anderen Wittelsbacher ein und entzog dem Reichskrieg gegen Frankreich jede Unterstützung, er begann sogar mit französischen Subsidien eigene Rüstungen.<sup>10</sup> Umgekehrt aber hatte der Kurfürst nun in seinem ehemaligen Getreuen von Plettenberg einen politischen Gegenspieler, der seine intimsten Planungen kannte, ja bis vor Kurzem mitgestaltet hatte. Wenige Wochen nach seinem Sturz, an der Jahreswende 1733/34, wurde von Plettenberg zum kaiserlichen Bevollmächtigten im Niederrheinisch-Westfälischen Kreis ernannt. Für ein gutes Jahr betrieb er auf dieser Position eine erfolgreiche Obstruktionspolitik gegen seinen ehemaligen Fürsten.

Besonders die Stadt Köln profitierte von diesem Frontwechsel. Seit seinem Amtsantritt hatte Clemens August die von seinen Vorgängern betriebene Konfrontation mit der Reichsstadt Köln intensiviert. In der entscheidenden und kritischen Anfangsphase des Krieges aber hatte diese nun in Plettenberg einen kenntnisreichen Berater und Fürsprecher beim Kaiser, der zeitweilig – vor allem anlässlich des Kreistags im Herbst 1734 – seinen Wohnsitz in ihren Mauern bezog. Bereits im März machte er in einem Bericht an das Reichsoberhaupt darauf aufmerksam, dass Clemens August geheime Absprachen mit den Franzosen im Hinblick auf seine Ansprüche auf die Stadt getroffen haben könnte<sup>11</sup> – vielleicht erinnerte er sich eigener älterer Planungen im kurfürstlichen Auftrag, sicher aber an die französisch-kurfürstlichen Kampagnen von 1688 und 1702. Tatsächlich wurden seit dem Frühjahr 1734 mit kräftigem Rückenwind aus München und Frankreich im kurkölnischen Gebiet die Anwerbung von Truppen und die Instandsetzung von Festungen betrieben. Nach dem Bestreben der Hintermänner hätte diese Aufrüstung eigentlich geheim bleiben sollen, aber Clemens August konnte der Versuchung nicht widerstehen, die neuen Truppen



Abb. 87  
Ferdinand von Plettenberg  
(1690–1737). Druckgrafik  
nach einem Gemälde  
von Martin van Meytens.

in einem Feldlager in Plittersdorf nahe Godesberg repräsentativ zur Schau zu stellen.<sup>12</sup> Der Kaiserhof war befremdet über diese Demonstration militärischer Macht vonseiten eines bedeutenden Reichsstandes, der erklärt hatte, keine Kontingente zur Reichsarmee beitragen zu können. Plettenberg wiederum sah sich durch diesen Aufmarsch in seinen Befürchtungen bestätigt, dass die Souveränität der Stadt bedroht sein könnte. Zudem konnte er im September zwei kompromittierende Briefe des kurfürstlichen Sekretärs präsentieren, aus denen bedrohliche Absichten gegen die Stadt deutlich wurden. Der kaiserliche Oberbefehlshaber Prinz Eugen ordnete daraufhin die Sicherung der Stadt durch eine hinreichende Zahl militärischer Kontingente an, was in bewährter Weise durch die Stationierung

Eine präzise und gerechte historische Bewertung der oppositionellen Kritik ist beim derzeitigen Stand der Forschung kaum möglich. Ihre Orientierung auf die alte Stadtverfassung, die Erwartung, dass deren buchstäbliche Umsetzung das Allheilmittel gegen alle Gebrechen der Stadt sein würde, verweist zweifellos auf eine konservative Mentalität der Deputatschaft. Wenn diese in der älteren Forschung als »reaktionärer Geist«<sup>53</sup> stigmatisiert worden ist, so geht dieses Verdikt allerdings eindeutig zu weit. Forderungen nach »freier Wahl« von Amtsträgern und sachlicher, korruptionsfreier Amtsführung richteten sich ihrerseits gegen ein überkommenes Patronagesystem der altständischen Gesellschaft. Und einige Elemente der Kölner Verfassung wiesen zumindest Wahlverwandtschaften mit einem auf politischer Partizipation und bürgerlicher Gleichheit gegründeten modernen Republikanismus auf. Manche Positionen der Deputatschaft können durchaus bereits durch den Zeitgeist der Aufklärung beeinflusst gewesen sein, etwa ihr Ruf nach Öffentlichkeit und Transparenz, konkret nach Drucklegung der Verfassungsdokumente, der sich in bis dahin unbekannter Entschiedenheit artikulierte.<sup>54</sup>

Der Traditionalismus der Bewegung hängt natürlich auch mit ihrer sozialen Rekrutierung zusammen, mit ihrem handwerklich-kleinbürgerlichen Charakter. Im Handel Tätige fanden sich unter den Deputierten nicht; im Gegenteil, die großen Kaufleute waren das Feindbild der Bürgeropposition. Dazu passt geradezu komplementär die herablassend daher kommende Propaganda der führenden Ratskreise, nach der es sich bei den Klägern gegen die Obrigkeit um unbemittelte Unruhegeister handelte. Allerdings darf man die Homogenität der beiden Streitparteien nicht überzeichnen. Neben einigen Juristen unterstützten auch einzelne Honoratioren in höheren Ämtern die Deputatschaft, wie das Beispiel des Bannerherrn Bourel verdeutlicht.<sup>55</sup> Zudem hatte sie wohl einige Sympathisanten im Magistrat, die sich allerdings angesichts jener Atmosphäre der Angst und Repression, wie sie die *Gründliche Beleuchtung* nicht unplausibel beschreibt, kaum artikulierte. Wenige Wochen nach der Publikation dieser Schrift allerdings wurde Köln von einer Erschütterung heimgesucht, die ganz andere Ängste wecken sollte.

### c. Die Flutkatastrophe (Februar 1784)

Im Februar 1784 erlebte Köln eine der größten Naturkatastrophen seiner Geschichte.<sup>56</sup> Dabei stellte die Stadt allerdings nur einen von vielen Krisenbrennpunkten in ganz Mitteleuropa dar. Das 18. Jahrhundert lag ohnehin innerhalb jener sich vom Ausgang des Mittelalters bis ins 19. Jahr-

hundert hinein erstreckenden Klimaperiode, die als »Kleine Eiszeit« bekannt ist und sich durch eine Absenkung der Durchschnittstemperaturen mit zum Teil extrem kalten Wintern auszeichnete.<sup>57</sup> Das Jahr 1783/84 mit seinem »Jahrtausendhochwasser« gestaltete sich allerdings besonders dramatisch. Rund um den Globus brachen mehrere Vulkane aus, deren Aschewolken weltweit die Sonne verdunkelten. Überall in Nord- und Mitteleuropa sorgten die Eruptionen für einen außerordentlich harten Winter. Bereits im November legte sich eine Kälte über den Kontinent, die vielerorts den ganzen Winter über andauerte. Die Temperaturen fielen auf Rekordmarken unter minus 20 Grad Celsius und erreichten oft zwei bis drei Monate lang nicht mehr den Gefrierpunkt. Flüsse und Seen, ja selbst Meerengen froren zu. Nach dem strengen Frost setzte im Februar 1784 Tauwetter ein. In kurzer Zeit stiegen die Temperaturen auf zweistellige Plusgrade an. Dazu folgten dann heftige Regenfälle. Überall taute der Schnee und floss in gewaltigen Sturzbächen in die größeren Flüsse. Nach und nach gelangte das Wasser unter das gefrorene Eis und sprengte die Eiskecke schließlich von unten auf. Ziemlich plötzlich kamen die befreiten Flüsse in Bewegung und setzten alles, was an ihrem Weg lag, unter extremes Hochwasser. Vor allem rissen die Wassermassen die brechenden Eisschollen mit, die alles dem Erdboden gleichmachten, was sich ihnen in den Weg stellte. Ob in Heidelberg oder Bamberg, Dresden oder Prag, überall wurden Brücken zerstört und Häuser beschädigt. Kaum eine Stadt traf die Katastrophe aber so schwer wie Köln und die umliegenden Dörfer und Kleinstädte.

#### *Eisbruch und Flut im Stadtgebiet*

Vor der Reichsstadt Köln türmte sich seit Wochen das Eis bedrohlich wie nie auf dem Rhein. Der lange Frost, unterbrochen von kurzen Tauperioden, die die Schollen kurzfristig in Bewegung setzten und ineinanderschoben, dazu heftige Niederschläge waren die Ursachen für diese Eisberge. Permanent führte der Fluss Hochwasser, Anfang Januar 1784 waren es über sieben Meter bei einem Normalpegel von rund drei Metern. In Deutz und in Mülheim standen bereits zu diesem Zeitpunkt rheinnahe Häuser und Kirchen phasenweise unter Wasser. Probebohrungen ergaben eine Dicke der Eisschicht auf dem Rhein von zwei, drei, ja sogar vier Metern.<sup>58</sup> Die Sorgen wuchsen, erfahrene Schiffer prophezeiten eine Katastrophe. Stundengebete im Dom und in den Pfarrkirchen wurden anberaumt, um den Zorn Gottes zu besänftigen. Andererseits verlustierten sich die Kölner auf dem zugefrorenen Rheinstrom und spazierten hinüber



sich nun offenkundig insbesondere gegen den aufgeklärten Flügel dieser Führungsschicht zu. Dieses Misstrauen hatte sehr viel mit dem traditionellen Wirtschaftsprotektionismus und sozialen Abstiegsängsten zu tun, aber es wäre voreilig, es lediglich als Ausdruck einer rückwärtsgewandten Mentalität abzutun. Der Vorwurf, die soziale Elite benutze die Ämter und die Ökonomie der Stadt als Selbstbedienungsladen, wurde ja nicht nur von den Stadtbürgern, sondern auch von auswärtigen Beobachtern erhoben. Insofern war der Rekurs auf die traditionellen Partizipationsstrukturen, auf 44er Gaffelfreunde und Bannerrat, auch als Verteidigung gegen die Zumutungen der Mächtigen zu verstehen. Dass die jahrhundertalte Rhetorik von bürgerlichen Rechten und Freiheiten sich im Zeitalter der Revolution als partiell anschlussfähig an moderne Diskurse erwies, muss der alten Verfassung kein schlechtes Zeugnis ausstellen. Bezeichnend allerdings ist, dass die Niederlage im Toleranzstreit für die politische Karriere der Toleranzfreunde keinen Einbruch bedeutete: Von Klespé wurde 1791 zum ersten Mal Bürgermeister, Dumont kurz nach dem französischen Einmarsch 1794. Die Netzwerke der Macht blieben offenkundig intakt, auch wenn die Aufklärungsgegner in der Kölner Führungsschicht zunächst einmal den Ton angaben.<sup>176</sup> Umgekehrt bildete die partizipative Verfassung der Reichsstadt aber auch und gerade für diese Mächtigen ein uneinnehmbares Bollwerk gegen ihr Streben nach Veränderung und Reformen. So offenbart der Toleranzstreit unter der Oberfläche heftiger politischer Konflikte eine Tiefenstruktur der Beharrung, ja der Paralyse.

#### f. Höhepunkt und Ende der Proteste (1789)

Begonnen hatte das Jahr 1789 mit unheilvollen Erinnerungen an die Naturkatastrophe fünf Jahre zuvor. Plötzlicher Frost hatte bereits im November des Vorjahres eingesetzt und einen Teil der Gemüsernte vernichtet. Im Dezember froh der Rhein zu. Die Stadt bereitete sich auf ein erneutes Hochwasser vor. Dabei zog man aus der zurückliegenden Katastrophe seine Lehren: Die Ladung der vom frühen Frost überraschten Schiffe wurde gelöscht und in den weitläufigen Klostermagazinen untergebracht, die Schiffe gut vertäut; die städtischen Vorratsmagazine wurden gefüllt, rheinnahe Häuser und Keller, so gut es ging, gesichert. Entlang der Rheinschiene wurde mittels Stafetten und vereinbarten Kanonsignalen ein Frühwarnsystem aufgebaut. Die Stadt schien gerüstet, aber die Katastrophe wiederholte sich zum Glück nicht. Der Eisbruch und das anschließende Hochwasser nahmen einen gelinderen Verlauf als befürchtet.



Abb. 154

Stadtpanorama mit zugefrorenem Rhein. Kupferstich, 1788.

Nur ein 16-jähriger Jugendlicher kam zu Tode, als er mit seinem Schlitten in ein Eisloch fuhr.<sup>177</sup>

Im weiteren Fortgang des Jahres rückte aber wiederum die Politik in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Mehr und mehr geriet die innerköltnische Debatte über das protestantische Bethaus in den Bann der Ereignisse in Frankreich. Mit wachsender Aufmerksamkeit verfolgte das Publikum die Vorgänge beim westlichen Nachbarn. In aller Breite berichteten die regionalen Zeitungen etwa über den Ballhauschwur des Dritten Standes vom 20. Juni, über den Sturm auf die Bastille am 14. Juli und auch über die Abschaffung der Feudallasten und die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte Anfang August.<sup>178</sup> Aufseiten der aufgeklärten Intelligenz im Reich überwog in der ersten Phase der Revolution breite Zustimmung

bis hin zu Revolutionsbegeisterung.<sup>179</sup> Die deutschen Obrigkeiten dagegen beobachteten mit Sorge die französischen Unruhen als potenzielle Anstöße für ähnliche Bewegungen in Deutschland. Und tatsächlich kam die Revolution bereits im August auch im Reich an, und zwar im Fürstbistum Lüttich in der Kölner Nachbarschaft. Zum 18. August berichtete die *Reichs Ober Post-Amtes Zeitung*, 3000 junge Leute mit Kokarden seien in Lüttich durch die Straßen gezogen und hätten »mit Ungestüm den Namen der Freiheit« ausgerufen. Man habe sich vor dem Rathaus versammelt und Bürgermeister und Rat verjagt. Der Fürstbischof sei genötigt worden, auf dem Rathaus zu erscheinen und die vom Volk neu gewählten Bürgermeister zu bestätigen. »Jetzt ist das Volk in der größten Gährung. Wer keine Kokarde trägt, der läuft Gefahr, totgeschlagen zu werden.«<sup>180</sup> Der Fürstbischof floh zehn Tage später nach Trier, und am selben Tag verhängte das Reichskammergericht die Reichsexekution über Lüttich.

In Köln waren die Tage und Wochen nach dem Verzicht der Protestanten auf ihr Bethaus Anfang August keineswegs durch eine Beruhigung der Lage gekennzeichnet, sondern im Gegenteil durch eine Beschleunigung der Ereignisse.<sup>181</sup> Allein in der zweiten Augustwoche reichten die Bürgerlichen Deputierten dem Rat zwei Schriftstücke ein. Dabei handelte es sich zum einen um eine Klage gegen den Ratsherrn Huybens, einen bekannten Fürsprecher der Protestanten. Die Deputierten beschuldigten ihn einiger ketzerischer Ausdrücke, »nemlich daß die Protestanten so gut beteten als die katholischen Bürger, und daß die Elftausend Jungfrauen lüderliche Dirnen gewesen seien«, und verlangten, ihn aus der Stadt zu verbannen.<sup>182</sup> Allerdings handelte die Bürgerliche Deputatschaft im Zuge der letzten Ereignisse immer weniger als selbstständige Akteurin, sondern wurde mehr und mehr durch Forderungen aus den Gaffeln und oft auch durch den Druck der Straße vorangetrieben. Zwar war dieses Druck- und Drohpotenzial durchaus nützlich, um gegenüber dem Rat selbstbewusst auftreten zu können; aber andererseits gehörte es doch zur vom Reichshofrat immer wieder bekräftigten Raison d'Être des bürgerlichen Syndikats, sich allein auf Finanz- und Verwaltungsreformen zu beschränken und die Machtposition des Rates nicht infrage zu stellen. So warnten die Vertreter der Bürgerlichen Deputatschaft selbst in den Verhandlungen jener Monate den Rat vor neuen Unruhen.<sup>183</sup> Nun aber wurden sie ihrerseits physisch unter Druck gesetzt. Hunderte von Bürgern erschienen am Donnerstag, den 20. August, auf der Sitzung der Deputatschaft und übergaben einen schriftlichen Aufsatz, den der Bannerherr Bourel bündig so zusammenfasste: »Wir gesamte Bürger begehren 1) daß der Magistrat ohne Bewilli-

gung der Zünften nichts unternehmen solle, wie er jüngst thate in Betreff des protestantischen Bethauses. 2) Daß die Deputatschaft immer bestehen solle, 3) den Verbund- und Transfixbrief, 4) die freye Kühr unbeschränkt, 5) über diese Punkten binnen 48 Stunden Antwort.«<sup>184</sup> Der drängende Ton und das Ultimatum sind ebenso bezeichnend wie der Inhalt. Zwar werden die alten Verfassungsdokumente beschworen und die klassische Forderung nach freien Wahlen erhoben, aber die ersten beiden Punkte sprechen eine andere Sprache. Der Rat sollte für sich keinerlei Handlungsmacht haben und die Bürgerliche Deputatschaft als feste Institution bestehen bleiben. Das widersprach der alten, im Verbundbrief festgeschriebenen politischen Kräfteverteilung ebenso wie dem Beschluss des Reichshofrates. Es waren nicht die Deputierten selbst, die hier den Ton vorgaben, sondern die einfachen Bürger. Den Deputierten sei vielmehr, so wusste Resident von Bossart zu berichten, eingeschärft worden, dass sie keineswegs nachgeben sollten, da sie für die Erfüllung der Artikel mit ihrem Kopf hafteten.

Der Rat, dem die Deputierten am Folgetag die Forderungen übermittelten, reagierte beschwichtigend und hinhaltend. Die Folgen waren erneute Proteste und Forderungen nach Einberufung der Gaffeln.<sup>185</sup> Erstaunlich schnell schwenkte der Rat auf diese Linie ein und fasste einen entsprechenden Beschluss, ein Zeichen dafür, wie sehr er sich in der Defensive sah. Nach dem Bericht des kaiserlichen Residenten versuchten Rat und Deputatschaft nun gemeinsam, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Allerdings seien mancherlei Abenteurer und Banditen in der Stadt, und die Angst vor Aufständen wachse – viele Bürger und insbesondere die Protestanten hätten bereits ihre wichtigsten Briefschaften und Kostbarkeiten an verschiedenen Orten in Sicherheit gebracht. Zum Mittwoch, den 26. August, wurden die Gaffeln von ihren Bannerherren für acht Uhr morgens zusammengerufen; jeder Genosse sollte – bei Androhung der Aberkennung seines Bürgerrechts – persönlich erscheinen und über die Verbindlichkeit von Verbund- und Transfixbrief sowie über die freie Wahl »Mann für Mann« abstimmen. Das war nach dem Bericht Bourels in der Gürtelmacherzunft schnell geschehen: »Man rief einhellig: Den Verbund und freye Kühr.« Er und sein Mitdeputierter Ludowig pendelten in der Folge zwischen Rathaus, wo die Ratsitzung eigens um einige Stunden verschoben worden war, und Syndikat, und um zwei Uhr am Nachmittag fertigte Stadtsekretär Cardauns den Ratsbeschluss aus, der die Anerkennung der bürgerlichen Kernforderungen verkündete. Die meisten Gaffeln schienen zufriedengestellt. Insbesondere bei den Steinmetzen aber wurde offene Unzufriedenheit artikuliert und die Deputierten wurden beschimpft.